

Kritik an den Franchisen-Plänen des Bundesrates

Parlament Wer eine höhere Franchise in Kauf nimmt, zahlt weniger Krankenkassenprämien. Der Bundesrat möchte für hohe Franchisen künftig aber tiefere Rabatte gewähren. Für die Gesundheitskommission des Ständerats ist das nicht nachvollziehbar. Damit würden jene Versicherten bestraft, die die grösste Eigenverantwortung übernehmen, heisst es in einer Mitteilung von gestern. Ein solches Vorgehen sei angesichts der stetig steigenden Gesundheitskosten nicht verständlich. Einen formellen Entscheid dazu fällt die Kommission nicht. Sie will die Diskussion an einer späteren Sitzung fortsetzen und allfälligen Handlungsbedarf klären.

Bei einer Franchise von 500 Franken darf die Krankenkasse heute pro Jahr maximal 140 Franken Rabatt gewähren. Bei einer Wahlfranchise von 1500 Franken beträgt der Rabatt bis zu 840 Franken, bei einer Franchise von 2500 Franken maximal 1540 Franken. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, die Rabatte zu beschränken. Bei 1500 Franken würden noch maximal 720 Franken gewährt werden, bei 2500 nur noch 1100 Franken. Bei einer Franchise von 500 Franken hingegen würde ein höherer Rabatt gewährt. Laut Bundesrat geht es darum, auch für die Stufen zwischen der Grundfranchise und der höchsten Franchise einen Anreiz zu schaffen.

Im Parlament hingegen geht der Trend in die andere Richtung. Letzten Dezember haben die Räte den Bundesrat beauftragt, die Grundfranchise regelmässig der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen anzupassen. Sie wollen damit die Eigenverantwortung stärken. (sda)

LKW sollen öfter überprüft werden

Forderung Über 10 000 Menschen haben den Aufruf der Alpen-Initiative für mehr Lastwagenkontrollen im Transitverkehr unterzeichnet. Die Unterschriften sind gestern zuhause von Bundespräsidentin Doris Leuthard eingereicht worden. Im Kanton Uri sei im vergangenen Jahr fast ein Drittel der kontrollierten Lastwagen wegen technischer Mängel, Überlast oder Verstössen gegen Arbeits- und Ruhezeiten durchgefallen. Trotzdem würden immer noch weniger als vier Prozent aller alpenquerenden Gütertransporte auf der Strasse überprüft, begründet die Alpen-Initiative ihre Forderung.

Im Februar sei aufgedeckt worden, dass viele ausländische Lastwagen mit manipulierter Abgasanlage unterwegs seien. Seither habe die Polizei über 100 Lastwagen mit sabotierter AdBlue-Zufuhr angehalten. Dieser Skandal habe allen vor Augen geführt, wie die Strassenlogistik heute Vorteile für sich herausheulen wolle, schreibt die Alpen-Initiative weiter. Neben verstärkten AdBlue-Kontrollen fordern die Unterzeichnenden des Aufrufs den Ausbau der Kontrollstellen und die rasche Realisierung eines grossen Schwerverkehrszentrums südlich des Gotthards. Sie verlangen zudem, dass die Kontrollresultate jährlich veröffentlicht werden. (sda)

Umstrittene Daten für Autokraten

Bankgeheimnis Der Bundesrat drückt beim Austausch von Bankdaten aufs Tempo. Selbst mit korrupten Staaten möchte er bis Ende Jahr ein Abkommen. Nun zeigt sich: Die Schweiz hat es so eilig wie kein anderes Land.

Roger Braun

Russland, China, Saudi-Arabien: Es sind Staaten, die für Korruption und Unfreiheit stehen. Trotzdem möchte der Bundesrat mit ihnen Bankdaten austauschen. Wer zum Beispiel in Russland wohnt, müsste künftig damit rechnen, dass der russische Staat jährlich über den Stand des Schweizer Bankkontos unterrichtet wird. Geht es nach dem Willen des Bundesrats, soll das Netz des automatischen Informationsaustausches (AIA) von heute 38 auf 79 Staaten ausgedehnt werden.

Dies ist umstritten. Der politische Widerstand entzündet sich vor allem an rund einem Dutzend Staaten, die nachweislich korrupt und autoritär sind. So hatte die SVP letzte Woche vor Enteignungen, Erpressungen und gar Tötungen gewarnt, wenn der AIA in Staaten mit mangelnder Rechtssicherheit eingeführt werde.

Schweizer Premiere mit Russland und China

Pikant ist: Die Schweiz wäre das erste Land, das mit Unrechtsstaaten wie China, Russland oder Saudi-Arabien ins Geschäft käme. Das Global Forum, das sich international für Steuertransparenz und den AIA einsetzt, erhebt regelmässig, welche Ländern Bankdaten austauschen. Die aktuellste Übersicht vom 5. Mai zeigt, dass sich bisher kein einziges Land zum automatischen Informationsaustausch mit Russland, China oder Saudi-Arabien bekannt hat. Dasselbe gilt für die Vereinigten Arabischen Emirate und Indonesien – zwei Staaten, mit denen der Bundesrat ebenfalls Daten austauschen möchte. «Es ist wieder typisch, dass die Schweiz Musterschülerin spielt», ärgert sich SVP-Nationalrat Thomas Aeschi (ZG). «Weil die Schweiz früher Kritik einstecken musste, kompensiert sie jetzt über», sagt er. Er bezeichnet es als «völlig unnötig», dass die Schweiz ausgerechnet bei Ländern mit zweifelhafter Vertraulichkeits- und Datenschutzhandhabung vorsehe.

Anne Césard vom Staatssekretariat für internationale Fi-



Gelangen Bankdaten vom Zürcher Paradeplatz bald automatisch nach Russland?

Bild: Gaëtan Bally/KEY (Zürich, 4. Oktober 2016)

nanzfragen relativiert. Es handle sich lediglich um eine Momentaufnahme, sagt die Mediensprecherin. Die entsprechenden Staaten hätten sich auf den ersten Datenaustausch im Jahr 2018 verpflichtet. «Gemäss den uns verfügbaren Informationen werden diese Staaten sehr umfangreiche AIA-Netzwerke haben.»

Und wieso drängt der Bundesrat überhaupt darauf, mit rechtsstaatlich bedenklichen Ländern den automatischen Informationsaustausch einzuführen? Césard macht darauf aufmerksam, dass Russland, China und Saudi-Arabien ebenfalls die internationale Vereinbarung zur Einführung des AIA unterzeichnet haben. Sie seien deshalb «unter Vorbehalt der innerstaat-

«Es ist wieder typisch, dass die Schweiz Musterschülerin spielt.»

Thomas Aeschi
Nationalrat (SVP/ZG)

lichen Genehmigungsverfahren für die Schweiz grundsätzliche AIA-Partner». Die Schweiz habe sich verpflichtet, den globalen AIA-Standard einzuführen, um die internationale Steuerhinterziehung zu unterbinden, sagt Césard. Deshalb habe der Bundesrat dem Wunsch der 41 Ländern entsprochen, gegenseitig Daten auszutauschen.

Für die Überprüfung, ob der Datenschutz eingehalten wird, fühlt sich der Bund nicht unmittelbar verantwortlich. Dies sei Aufgabe des Global Forum. In der bundesrätlichen Botschaft heisst es dazu: «In der Mehrheit der Staaten und Territorien, mit denen der Bundesrat den AIA einführen will, wurden die Vertraulichkeit und die Datensicher-

heit im Rahmen der Evaluationen des Global Forum geprüft und als hinreichend beurteilt.» Welche Staaten die Bedingungen nicht erfüllt haben, möchte Césard nicht sagen. Die Vorprüfungen des Global Forum seien nicht öffentlich. Die betreffenden Staaten müssten aber einen Aktionsplan umsetzen, um den Datenschutz sicherstellen zu können, bevor die ersten Daten fliessen, beschwichtigt Césard.

Thomas Aeschi fehlt dafür das Verständnis: «Der Bundesrat möchte vom Parlament die Zustimmung zu Abkommen mit Ländern, bei denen er weiss, dass sie die Bedingungen zur Einführung nicht erfüllen – das ergibt doch überhaupt keinen Sinn», sagt der Nationalrat.

Ständerat schraubt an Berufsverbot für Pädophile

Volksinitiative Das obligatorische Berufsverbot für Pädophile soll nach dem Willen der Ständeratskommission etwas weniger streng gehandhabt werden, als es der Bundesrat vorschlug. Dafür soll es lebenslang gelten.

Pädophile sollen ein lebenslanges Tätigkeitsverbot mit Kindern erhalten. So verlangt es eine Volksinitiative, die 2014 an der Urne eine Mehrheit fand. Zum Missfallen der Initianten hatte der Bundesrat allerdings Ausnahmen vorgeschlagen. Die entsprechende Klausel hat gestern eine Mehrheit der ständerätlichen Rechtskommission weiter aufgeweicht. Übertretungen und Antragsdelikte würden demnach kein automatisches Berufsverbot nach sich ziehen. Das gälte etwa bei Exhibitionismus, Pornografiekonsum und sogar bei sexueller Belästigung, etwa durch Anfassen.

Schliesslich sollen Ausnahmen gemäss der Kommissionsmehrheit nicht nur in «besonders

leichten» Fällen und «ausnahmsweise» möglich sein, wie es die Landesregierung vorschlug, sondern in allen «leichten» Fällen. Das lehnt der Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni mit einer Minderheit der Kommission ab. Er kämpfte zwar als Co-Präsident des Nein-Komitees gegen die Volksinitiative der Westschweizerin Christine Busat, will sich aber jetzt für eine strenge Gesetzesvorlage stark machen. «Nachdem die Initiative angenommen wurde, müssen wir sie auch umsetzen», sagt Caroni. Unbestritten war in der Kommission derweil die Alterslimite. Das Tätigkeitsverbot wäre nur obligatorisch, wenn das Opfer jünger als 16 Jahre alt ist, Fälle

von Jugendliebe würden ferner ausgenommen. «Damit vermeiden wir problematische Fälle, in denen Täter übermässig bestraft würden, obwohl das auch die Befürworter der Initiative nicht wollten», sagt Caroni.

Gericht soll über Ausnahmen entscheiden

Caroni hat in der Kommission aber auch einige Verschärfungen durchgebracht: Täter sollen nur dann von einer Ausnahme vom Berufsverbot profitieren können, wenn ein Gericht darüber entscheidet. Staatsanwälten wäre damit die Möglichkeit verwehrt, per Strafbefehl auf das lebenslange Tätigkeitsverbot zu verzichten. Eine weitere Verschärfung hat

der Ausserrhoder Ständerat bei der Überprüfung der lebenslangen Berufsverbote erreicht: Der Bundesrat wollte diese alle zehn Jahre überprüfen lassen. «Die Verbote müssen aber definitiv sein und damit unüberprüfbar»,



Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR)

Bild: Daniel Ammann/PD

sagt Caroni. «Die Volksinitiative ist in diesem Punkt eindeutig.»

Mitinitiantin und SVP-Nationalrätin Natalie Rickli wertete die Unüberprüfbarkeit gestern in einer ersten Reaktion als «positiv», rügte aber die Ausnahmen, welche die Kommissionsmehrheit gewähren will. Das Geschäft kommt in der Herbstsession in den Ständerat. Ob Caroni mit seinem Anliegen einer harten Umsetzung der lebenslangen Berufsverbote ebenfalls eine Mehrheit finden wird, ist offen. Die Abstimmungen in der Kommission fielen knapp aus, die Mehrheiten bildeten sich nicht entlang der Parteilinien.

Fabian Fellmann